

Antrag 33/II/2022**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Betriebsrats-Initiativen stärken – Betriebsversammlungen besser schützen!**

1 Die SPD setzt sich durch Umsetzung der folgenden Maß-
 2 nahmen für die Stärkung der betrieblichen Mitbestim-
 3 mung in Betrieben ohne Betriebsrat ein:

4

- 5 • Beschäftigte informieren: In Betrieben in denen es
 6 noch keinen Betriebsrat gibt, die Wahl eines solchen
 7 aber rechtlich möglich ist, sind Arbeitgeber dazu
 8 verpflichtet, einmal im Jahr eine Informationsver-
 9 anstaltung zu Arbeit und Gründung eines Betriebs-
 10 rats abzuhalten. Zu dieser Veranstaltung sind die für
 11 den Betrieb zuständigen Gewerkschaften zwingend
 12 einzuladen. Im unmittelbaren Anschluss an diese
 13 Veranstaltung muss die Möglichkeit gewährleistet
 14 werden, in geheimer Abstimmung und in Abwesen-
 15 heit leitender Angestellter einen Wahlvorstand für
 16 eine Betriebsratswahl zu wählen.

- 17 • Betriebsversammlungen besser schützen: Der ge-
 18 naue Ablauf einer Betriebsversammlung zur Wahl
 19 eines Wahlvorstands nach §17 BetrVG muss genau-
 20 er ausgestaltet und standardisiert werden. Den In-
 21 itiatorinnen und Initiatoren muss in dieser Drucksit-
 22 uation ein vorgezeichneter Weg zur Verfügung ste-
 23 hen. Ein Recht auf geheime Wahl und die erforderli-
 24 chen Mehrheitsverhältnisse müssen gesetzlich ver-
 25 ankert werden. Auch ein Schema für den Fall eines
 26 ersten Wahlgangs ohne gültiges Wahlergebnis soll-
 27 te im Gesetz verankert werden. Das Gesetz muss
 28 zudem klar definieren, welche Daten und Informa-
 29 tionen der Arbeitgeber den Initiator*innen für die
 30 Durchführung einer Betriebsversammlung zur Ver-
 31 fügung stellen muss.

- 32 • Verzögern der Wahl verhindern: Nach Wahl oder
 33 Einsetzung eines Wahlvorstands muss die Betriebs-
 34 ratswahl innerhalb von 6 Monaten stattfinden. Wird
 35 diese Frist aufgrund von Handlungen des Arbeitge-
 36 bers, z.B. durch Zurückhaltung nötiger Informatio-
 37 nen oder Verweigerung von geeigneten Räumlich-
 38 keiten, nicht eingehalten, muss die Staatsanwalt-
 39 schaft aufgrund einer Straftat nach §119 BetrVG er-
 40 mitteln.

41

42

Begründung

44 Die SPD hat sich das klare Ziel gesetzt, die betriebliche
 45 Mitbestimmung für Arbeitnehmer*innen in Deutschland
 46 zu stärken. Nachweislich führt ein hoher Grad an Mitbe-
 47 stimmung in Betrieben zu mehr Innovationen und nach-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die SPD setzt sich durch Umsetzung der folgenden Maß-
 nahmen für die Stärkung der betrieblichen Mitbestim-
 mung in Betrieben ohne Betriebsrat ein:

- **Wir bekräftigen unsere bestehende Beschlusslage: in Betrieben mit mindestens fünf Mitarbeiter*innen ist - solange in dem Betrieb kein Betriebsrat existiert - eine Gewerkschaft berechtigt, einmal im Jahr eine Betriebsversammlung einzuberufen und die Ausgestaltung, Organisation und Leitung dem Gesamt- oder Konzernbetriebsrat zu übertragen. Soweit ein solcher nicht gewählt worden ist, kann die Gewerkschaft die Betriebsversammlung selbst durchführen oder einem*er Arbeitnehmer*in im Betrieb übertragen. Das Einberufungsrecht steht der Gewerkschaft zu, die nach Maßgabe des Tarifeinheitsgesetzes zuständig wäre.**
- Betriebsversammlungen besser schützen: Der genaue Ablauf einer Betriebsversammlung zur Wahl eines Wahlvorstands nach §17 BetrVG muss genauer ausgestaltet und standardisiert werden. Den Initiatorinnen und Initiatoren muss in dieser Drucksituation ein vorgezeichneter Weg zur Verfügung stehen. Ein Recht auf geheime Wahl und die erforderlichen Mehrheitsverhältnisse müssen gesetzlich verankert werden. Auch ein Schema für den Fall eines ersten Wahlgangs ohne gültiges Wahlergebnis sollte im Gesetz verankert werden. Das Gesetz muss zudem klar definieren, welche Daten und Informationen der Arbeitgeber den Initiator*innen für die Durchführung einer Betriebsversammlung zur Verfügung stellen muss.
- Verzögern der Wahl verhindern: Nach Wahl oder Einsetzung eines Wahlvorstands muss die Betriebsratswahl innerhalb von 6 Monaten stattfinden. Wird diese Frist aufgrund von Handlungen des Arbeitgebers, z.B. durch Zurückhaltung nötiger Informationen oder Verweigerung von geeigneten Räumlichkeiten, nicht eingehalten, muss die Staatsanwaltschaft aufgrund einer Straftat nach §119 BetrVG ermitteln.

48 haltiger Wirtschaftlichkeit. Zusätzlich ist die Organisation
49 von Beschäftigten im Betriebsrat ein wichtiger Schritt für
50 die Stärkung der Tarifbindung in Deutschland. Nur durch
51 Tarifverträge zwischen den Sozialpartnern erreichen wir
52 in Deutschland flächendeckend gerechte Löhne und gute
53 Arbeitsbedingungen.

54
55 Gerade in jungen und digitalisierten Unternehmen ist die
56 betriebliche Mitbestimmung nach deutschem Recht noch
57 nicht angekommen. Gorillas, Amazon oder Hello Fresh
58 sind bekannte Beispiele für Unternehmen aus Branchen,
59 in denen Beschäftigte systematisch daran gehindert wur-
60 den, ihr Recht auf Mitbestimmung im Betrieb problem-
61 frei wahrzunehmen. Es wird Zeit, dass die SPD diese und
62 viele weitere Unternehmen und ihre Anwaltskanzleien in
63 die Schranken weist. Das Betriebsverfassungsgesetz (Be-
64 trVG) macht es Unternehmen derzeit viel zu einfach, Be-
65 triebsratsgründungen zu behindern oder zu verschlepen.
66 Gleichzeitig sind die Gesetze in einer Zeit formuliert
67 worden, in denen die Berufsrealität homogener und vor-
68 hersehbarer war. Betriebsrät*innen geben selber an, dass
69 es aufgrund der Digitalisierung alternative Regelungsfor-
70 men braucht. Das gilt in unterschiedlichem Maße für sich
71 digitalisierende Industriebetriebe und Unternehmen de-
72 ren Geschäftsmodell auf der Digitalisierung aufbaut. Wir
73 müssen diesen unterschiedlichen Realitäten gerecht wer-
74 den und insbesondere den Weg hin zu einer Betriebsrats-
75 wahl modernisieren und wehrhafter machen.

76
77 Initiatorinnen und Initiatoren von Betriebsratswahlen in
78 Betrieben ohne Betriebsrat oder Konzernbetriebsrat brau-
79 chen gesetzlichen Schutz und einen eindeutigen Leitfa-
80 den. Die Komplexität der Betriebsratsgründung schreckt
81 viele, an Mitbestimmung interessierte Beschäftigte ab.
82 Doch gerade die sind es, die Sozialdemokratie und Ge-
83 werkschaften gewinnen müssen, um die langfristigen
84 Trends der sinkenden Mitglieder-, Mitbestimmungs- und
85 Tarifbindungsindikatoren umzukehren. Dazu braucht es
86 im Betriebsverfassungsgesetz klare Pflichten für Arbeit-
87 geber und klare Regeln hinsichtlich der Betriebsversamm-
88 lung, bei der ein Wahlvorstand mit der Organisation ei-
89 ner Wahl betraut wird. Viel zu häufig werden Beschäftig-
90 te durch Falsch-Informationen, Verunsicherung über die
91 Rechtslage oder durch aktive Behinderung der Arbeitge-
92 ber daran gehindert, sich zu organisieren und für gute Ar-
93beitsbedingungen einzustehen. Die SPD kann diesen Zu-
94 stand nicht länger zulassen.

95
96 Es braucht neue Instrumente, damit Mitbestimmung
97 auch in Zukunft im Sinne der Beschäftigten funktioniert
98 und dem zunehmend digitalen und dezentralen Arbeits-
99 alltag vieler Beschäftigten gerecht wird. Dies schließt
100 auch die Bereitstellung umfassender mehrsprachiger In-

101 formationsunterlagen im Kontext der Betriebsratsgrün-
102 dung und Betriebsratsarbeit ein. Eine Reform des BetrVG
103 hinsichtlich der Informations- und Wahlveranstaltungen
104 ist dabei nur ein Mittel, um die betriebliche Mitbestim-
105 mung in jüngeren Branchen zu verankern und so nachhal-
106 tig zu stärken.